

Lokalen Statistiken nach waren private Käufer dominant bei den Wohnungskäufen in Tianjin (98,5%), in Chongqing (96%), Shanghai (95%) und Beijing (87%). Immobiliengesellschaften mussten sich auf die veränderte Nachfragerstruktur einstellen und mehr marktorientierte Strategien verfolgen. Auch Apartments mit relativ niedrigen Preisen werden inzwischen angeboten. Weiterhin haben die Banken an die neue Käufergruppe Bankkredite für den Kauf von Wohnungseigentum vergeben.

Shanghai war die erste Stadt, in der Banken Kredite für den privaten Kauf von Wohnungseigentum vergeben haben. Das Volumen solcher seit 1991 vergebener Kredite beläuft sich auf 25 Mrd. Yuan. Für das laufende Jahr wird mit einem Kreditvolumen von rd. 9 Mrd. Yuan für private Wohnungskäufe gerechnet. (XNA, 18.3.01) -schü-

31 Ausweitung der Einkommensdisparitäten

Einem Bericht der Xinhua Nachrichtenagentur zufolge war die Ausweitung der Einkommensunterschiede ebenfalls Gegenstand der Diskussion während der NVK-Tagung. So forderten Abgeordnete, dass eine weitere Polarisierung der Einkommensverteilung durch eine Verbesserung im System der Einkommensverteilung vermieden werden sollte. In seinem Bericht zum 10. Fünfjahresplan vor dem NVK habe auch Zhu Rongji die Verlangsamung des Einkommenswachstums von Bauern und bestimmten Gruppen in der städtischen Bevölkerung sowie die Verschärfung der Einkommensdisparitäten als wesentliche Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Chinas bezeichnet. Nach Einschätzung von Jin Renqing, NVK-Abgeordneter und Direktor der Nationalen Steuerbehörde, müsste das Problem der Einkommensdisparitäten gelöst werden, da es die soziale Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflusse. Bei einer sehr irrationalen Einkommensverteilung könne kaum mit einer Erhöhung des Konsums gerechnet werden.

Untersuchungen zur Einkommensverteilung, die von der Xinhua Nachrichtenagentur genannt werden, zeigten

eine Erhöhung des Gini-Koeffizienten auf 0,458. Dieser Wert liege höher als der international als Warngrenze für eine ungerechte Verteilung errechnete Koeffizient von 0,4. Ein Sichuaner NVK-Abgeordneter wies darauf hin, dass sich die derzeitigen Einkommensdisparitäten als Unterschiede im Einkommen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, zwischen Regionen und zwischen Sektoren niederschlagen. Beispielsweise sei der durchschnittliche Lohn eines Arbeiters in der Provinz Sichuan niedriger als 6.000 Yuan, während beispielsweise in den östlichen Küstenprovinzen Löhne bereits bei rd. 20.000 Yuan liegen würden.

Eine Untersuchung des Staatlichen Statistikamtes in 40.000 städtischen Haushalten im Jahr 2000 zeigte, dass auf die 20% der Haushalte mit dem höchsten Einkommen 42,5% der Vermögen entfielen. Weiterhin sei der Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen der ländlichen Bevölkerung in den letzten Jahren weitaus geringer als der Anstieg der Einkommen der städtischen Bevölkerung, die Disparitäten zwischen den ländlichen und städtischen Einkommen hätten sich erhöht.

Zu den Maßnahmen, um eine stärker ausgeglichene Einkommensverteilung zu erreichen, zählt auch eine differenzierte Erhebung von Einkommenssteuern. Das derzeitige Einkommenssteuersystem ist Jin Renqing zufolge zu Beginn der 80er Jahre entwickelt worden und basiere auf der Besteuerung von Löhnen und Gehältern oder einem bestimmten Haupteinkommen. Zukünftig soll sich jedoch die Steuererhebung auch auf alle Einkommensarten außerhalb der Löhne und Gehälter erstrecken. (BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Political File, 10.3.01) -schü-

SVR Hongkong

32 Visafreiheit in 15 europäischen Ländern, doch nicht in Japan

Die 13 Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden den Einwohnern

Hongkongs, die im Besitz eines Reisepasses der SVR Hongkong sind, beginnend mit Ende April oder Anfang Mai einen visafreien Aufenthalt von maximal drei Monaten gewähren. Für Reisen nach Island und Norwegen – beide Unterzeichnerstaaten des Schengen-Abkommens von 1997 – wird seit dem 25. März kein Visum mehr benötigt. Großbritannien und die Republik Irland fordern schon seit Längerem kein Einreisevisum für Bürger Hongkongs. Die nun getroffene Regelung wird auch auf legale Einwohner Macaus Anwendung finden.

Die europäischen Staaten hatten sich mit der Gewährung der Visafreiheit schwer getan, weil sie fürchten, es könnten auf diese Weise größere Zahlen von Migranten illegal mit Hilfe gefälschter Hongkonger Pässe nach Europa gelangen. Ein Abkommen über die Rückführung illegaler Immigranten besteht bislang lediglich zwischen der SVR Hongkong und Deutschland. Es war im November 2000 unterzeichnet worden und als Beleg für die konstruktive Zusammenarbeit der Bundesrepublik und Hongkongs in der Bekämpfung von illegaler Migration und Menschenschmuggel bewertet worden. (Vgl. C.a., 2000/11, Ü 39)

Nach Angaben des schwedischen Generalkonsuls in Hongkong, Peter Ekelund, der derzeit auch die konsularische Vertretung der Europäischen Union in der SVR innehat, werde auch die EU darauf drängen, ein allgemeines Rückführungsabkommen nach dem deutschen Vorbild mit der SVR zu schließen.

Während Regierungschef Tung Cheehwa den Schritt der europäischen Länder als „Vertrauensvotum der EU für das Arrangement 'Ein Land, zwei Systeme'“ wertete, zeigte man ihm auf seinem viertägigen Besuch in Japan in dieser Frage die kalte Schulter. Zwar ist Japanern ein visumsfreier neunzig-tägiger Aufenthalt in der SVR Hongkong gestattet. Hongkong hofft bislang jedoch vergeblich auf ein entsprechendes Entgegenkommen Japans. Offiziell heißt es in Japan lapidar, die Einführung der Visafreiheit für Bürger Hongkongs „gestalte sich aufgrund diverser Probleme schwierig“.

Auch in Japan bestehen Befürchtungen, eine derartige Reiserleichterung könnte den Zustrom illegaler Migran-

ten aus China wachsen lassen. Zwar hatte es im Jahr 1997 bei der Einführung des Reisepasses der SVR Hongkong geheißsen, das Dokument sei eines der fälschungssichersten seiner Art. Doch bereits im darauf folgenden Jahr war im Rahmen einer gemeinsamen Aktion von Sicherheitskräften aus Hongkong, Japan und China eine Untergrundwerkstatt in Guangzhou aufgefliegen, die Hongkonger Pässe für einen Menschenschmugglerring gefälscht hatte, um Migranten aus der VR China nach Japan zu schleusen.

Nach Informationen kommerzieller Radiostationen in Japan erwäge die japanische Regierung daher derzeit keineswegs die Einführung der Visa-freiheit für Touristen aus Hongkong. Vielmehr sei an die Einführung von Visa mit dreijähriger Gültigkeit gedacht. (XNA, 17.3.01; SCMP, 17.3., 22.3., 23.3.01) -kg-

33 Gesetzesvorlage für die Wahl zum Regierungschef

Die lange erwartete Gesetzesvorlage für die im Jahr 2002 anstehende Wahl zum Regierungschef (*Chief Executive*) ist im März der Legislativversammlung vorgestellt worden. Die Vorlage ist unter der Federführung des *Secretary for Constitutional Affairs*, Michael Suen, ausgearbeitet worden. Dieser erläuterte vor der Legislativversammlung, wo die Vorlage erfahrungsgemäß angenommen werden dürfte, eine Reihe von Bestimmungen, die über diejenigen des *Basic Law* hinausgehen.

Insbesondere drei Aspekte waren Gegenstand der Debatte. Zum Ersten legt die Gesetzesvorlage fest, dass die Wahl zum Regierungschef von demselben 800-köpfigen Wahlkomitee (*Selection Committee*) vorzunehmen sei, das im Juli 2000 von verschiedenen Berufsgruppen gewählt worden war. Es war damals für die Wahl zur Legislativversammlung im September 2000 gebildet worden, als es sechs der insgesamt sechzig Abgeordneten zu bestimmen hatte. Bereits im Juli 2000 war diskutiert worden, ob jenes für die Wahl zur Legislativversammlung eingesetzte Wahlkomitee auch für die Bestimmung des Regierungschefs zuständig sein würde, dessen nächste fünfjährige Amtsperiode im Jahr 2002 beginnen wird. Das *Basic Law* sieht auch

für die Wahl des Regierungschefs die Bildung eines Wahlkomitees vor, lässt aber offen, ob es sich dabei um dasselbe Gremium handeln solle (vgl. C.a., 2000/7, Ü 33).

Als unlauter wurde die Entscheidung bewertet, für die Wahl des Regierungschefs das bereits konstituierte Wahlkomitee einzusetzen, weil dessen Zuständigkeiten zum Zeitpunkt seiner Wahl im Juli 2000 unklar geblieben seien. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Entscheidung bekannt gegeben würde, sei es zu spät, sich noch in das Wahlkomitee wählen zu lassen und so Einfluss auf die Bestimmung des Regierungschefs zu nehmen. Kritische Kommentatoren suchten eine Erklärung für dieses intransparente Verhalten der Regierung darin, dass der Beliebtheitsgrad des gegenwärtigen Regierungschefs Tung Chee-hwa im Sommer 2000 ein Rekordtief erreicht hatte (vgl. C.a., 2000/6, Ü 39). Da zu unterstellen sei, dass Tung Chee-hwa erneut für das Amt des Regierungschefs kandidieren wolle, sei ihm nicht daran gelegen gewesen, zu diesem für ihn sehr ungünstigen Zeitpunkt den Anlass für einen öffentlichen Schlagabtausch zwischen seinen Anhängern und Gegnern zu geben. Daher habe er die Entscheidung über die Zuständigkeit des Wahlkomitees in der Hoffnung aufgeschoben, dass seine Popularität sich wieder erholen würde. Tatsächlich hat Tung Chee-hwa jüngsten Umfragen unter der Hongkonger Bevölkerung zu Folge inzwischen wieder an Beliebtheit gewonnen.

Als zweiter Aspekt erregte eine Bestimmung Anstoß, wonach die Namen derjenigen Mitglieder des Wahlkomitees, die einen bestimmten Kandidaten für das Amt des Regierungschefs nominieren (mit mindestens 100 von insgesamt 800 Stimmen), öffentlich bekannt gemacht werden sollen. Nach Auffassung von Kritikern schrecke diese Regelung Mitglieder des Wahlkomitees ab, andere Kandidaten als Tung Chee-hwa zu benennen, da sie im wahrscheinlichen Fall von dessen Wiederwahl Nachteile zu befürchten hätten.

Zum Dritten schließlich enthält die Gesetzesvorlage eine Bestimmung, wonach der gewählte Regierungschef verpflichtet würde, sich für den Zeitraum der Ausübung seines Amtes von

jeglicher Zugehörigkeit zu einer politischen Partei loszusagen. Begründet wurde diese Regelung damit, dass nur so zu gewährleisten sei, dass der Regierungschef sich den übergreifenden Interessen Hongkongs und nicht den Partikularinteressen seiner Partei widme. Auch könne nur so ein gleichberechtigter Wettbewerb zwischen den politischen Parteien Hongkongs sichergestellt werden. Kommentatoren kritisierten diese Bestimmung, da sie unterstelle, dass die Mehrzahl der weltweit demokratisch gewählten Regierungschefs nur die Interessen ihrer jeweiligen Partei verträten.

Diese Kritik ist allerdings insofern zu relativieren, als die nun vorgeschlagene Regelung sich immerhin positiv von der zuvor geltenden Regelung für die erste Wahl zum Regierungschef im Jahr 1997 abhebt, die verlangte, dass Kandidaten bereits vor der Wahl jeglicher politischer Parteizugehörigkeit entsagten.

Insgesamt wird die Gesetzesvorlage als „maßgeschneidert“ für eine Wiederwahl Tung Chee-hwas zum Regierungschef bewertet. Dieser hat zwar selbst noch nicht bekundet, dass er erneut kandidieren werde, doch gilt dies inzwischen als weitgehend sicher. Für seine erneute Bewerbung um das Amt des Regierungschefs sprechen nach Ansicht von Kommentatoren nicht nur die nun vorgestellten Regelungen, sondern vor allem auch die Tatsache, dass Mitglieder der chinesischen Führungsspitze, darunter Jiang Zemin und Zhu Rongji, für den Fall einer Wiederwahl Tungs wiederholt ihre Unterstützung für ihn zugesagt haben. (SCMP, 2., 9., 14., 15., 16., 20.3.01; Hong Kong AFP, 1.3.01, nach FBIS, 6.3.01) -hol-

34 Verschlechterung der Wachstumsaussichten für Hongkongs Wirtschaft

Hongkongs Finanzminister Donald Tsang erwartet für das Jahr 2001 eine Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und daraus folgend eine Reduzierung des Wachstumstempos der Hongkonger Wirtschaft. In seiner Rede zum Hongkonger Haushalt Anfang März d.J. wies Tsang auf die Zunahme des BIP im Jahre 2000 um 10,5% als höchste

CHINA aktuell

Wachstumsrate seit 1987 hin. Für das laufende Jahr rechnet Tsang mit einer Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate auf rd. 4%.

Zu den negativen Einflussfaktoren für die Hongkonger Wirtschaft in diesem Jahr zählt Tsang die Verlangsamung des Wachstums in den USA, die Fortsetzung der wirtschaftlichen Stagnation in Japan sowie die Abschwächung der Inlandsnachfrage in anderen ostasiatischen Ländern. Dagegen könnte Hongkong vom stetigen Wachstum in den Ländern der EU und dem Wachstum auf dem chinesischen Festland, insbesondere von der Aufnahme Chinas in die WTO, profitieren.

Tsang hatte bereits in seiner Rede zur Haushaltsplanung 2000 im letzten Jahr eine Verlangsamung des Wachstums in der Periode 2000 bis 2003 auf real 4% p.a. vorausgesagt. Diese Einschätzung des zukünftigen Wirtschaftswachstums sei weiterhin für den Zeitraum 2001 bis 2004 relevant, so Tsang während seiner Rede zum Haushalt 2001.

Den Prognosen der Regierung nach wird sich das Wachstum der Exporte in diesem Jahr auf 5,5% reduzieren; im letzten Jahr hatten die Ausfuhren noch um 17,1% zugenommen. Weiterhin wird mit einer Zunahme der Inlandsnachfrage von 2,5% sowie von einem Investitionsanstieg um 3,6% im laufenden Jahr ausgegangen. Die Inlandsnachfrage war im letzten Jahr noch um 5,4% gestiegen; die Erhöhung der gesamten Investitionsausgaben hatte bei 8,8% gelegen. Die Deflation war im letzten Jahr schrittweise zurückgegangen, und zwar von einem negativen Wachstum in Höhe von 5,3% im Januar 2000 auf ein negatives Wachstum von 1,8% im Dezember 2000. Für das laufende Jahr wird eine Null-Inflation erwartet. (XNA, 8.3.01; SCMP, 8.3.01) -schü-

35 Haushaltsentwurf geht von geringem Defizit aus

Für das kommende Fiskaljahr 2001/2 werden sich die gesamten Ausgaben im Hongkonger Haushalt auf 254,7 Mrd. HK\$ (32,65 Mrd. US\$) und die Einnahmen auf 251,7 Mrd. HK\$ (32,27 Mrd., HK\$) belaufen. Daraus resultiert ein geringes Defizit in Höhe von 3 Mrd. HK\$ sowie eine Redu-

zierung der fiskalischen Reserven auf 429,9 Mrd. HK\$ (55,12 Mrd. US\$). (XNA, 8.3.01)

Im letzten Haushalt belief sich das Defizit auf 11,4 Mrd. HK\$, dies waren 83% mehr als die ursprüngliche Schätzung des Defizits von 6,2 Mrd. HK\$. (SCMP, 8.3.01)

Donald Tsang, noch bis Mai d.J. amtierender Finanzminister, stellte die Schwerpunkte des Haushalts vor. Tsang zufolge seien in die Haushaltsplanung die aktuelle Situation der Wirtschaft, das Wohlergehen der Bevölkerung, die zukünftige Richtung der Hongkonger Wirtschaftsentwicklung sowie die finanzielle Position der Regierung eingeflossen.

Das hohe Wirtschaftswachstums im letzten Jahr sei schwer verdient worden, so Tsang. Zu den Herausforderungen für die Hongkonger Wirtschaft zählten nun der Beitritt des chinesischen Festlands zur WTO, die weitergehende Umstrukturierung der dortigen Wirtschaft sowie die Verlangsamung des Wachstumstempos der US-Wirtschaft.

Tsang stellte neue Maßnahmen vor, die über den Haushalt finanziert werden sollen, um Hongkongs Wirtschaft zu stärken.

- Hierzu zählt die steuerliche Begünstigung des lebenslangen Lernens durch Erhöhung der steuerlich abzugsfähigen Ausgaben von 30.000 HK\$ auf 40.000 HK\$ (5.128 US\$).
- Um Hongkongs Position als internationales Finanzzentrum zu stärken und die Wettbewerbsposition der Hongkonger Aktienbörse zu verbessern, sollen die Stempelgebühren auf Aktientransaktionen von 0,225% auf 0,2% reduziert werden; bereits im letzten Jahr waren die Gebühren um 10% gesenkt worden.
- Weiterhin sind im Haushalt 219 Mio. HK\$ für Dienstleistungen gegenüber Behinderten eingestellt worden. Ziel ist es, ihre grundsätzlichen Bedürfnisse, ihre Beschäftigungsmöglichkeiten und ihre Entwicklungspotenziale zu stärken.

- Für jugendliche Risikogruppen wurden im neuen Haushalt 84 Mio. HK\$ (10,8 Mio. US\$) reserviert, die bis im Haushalt 2003/4 auf 180 Mio. HK\$ erhöht werden sollen.

- Weitere 72 Mio. HK\$ sollen in den nächsten zwei Jahren für Berufsbildungsprogramme in den Bereichen Informationstechnologie und Sprachen verwendet werden, die Gruppen mit einem geringen Ausbildungsniveau zugehen sollen.

- Um die öffentliche Infrastruktur zu verbessern, sind 100 Mio. HK\$ vorgesehen.

Tsang kündigte an, dass die Zahl der öffentlichen Bediensteten weiter sinken wird, und zwar unter das Niveau von 1994/95.

Weiterhin schlug Tsang eine Erhöhung der Tabaksteuern um 5% und der Alkoholsteuern (mit Ausnahme von Weinen und stark alkoholhaltigen Getränken) um 30-40% vor. (XNA, 8.3.01) Außerdem sollen die Gebühren für private Kfz-Lizenzen um 10% steigen und damit 160 Mio. HK\$ zusätzlich an Einnahmen erbringen. (SCMP, 8.3.01)

Die Ausgabensteigerung im neuen Haushalt wird 10,8% betragen. Während 203 Mrd. HK\$ auf laufende Ausgaben entfallen, sind 49,7 Mrd. HK\$ für Kapitalinvestitionen vorgesehen. Von den laufenden Ausgaben bilden die Bildungsausgaben mit 47,6 Mrd. HK\$ einen bedeutenden Anteil, der damit um 5,5% gegenüber dem vorangegangenen Haushalt zunehmen wird. (XNA, 3.3.01)

Der Haushaltsentwurf wurde von den Hongkonger Parteien sehr unterschiedlich aufgenommen. Während die Liberal Party und die Hong Kong Progressive Alliance den Entwurf im Wesentlichen unterstützten, kritisierten Vertreter der Demokratischen Partei und der DAB den Haushalt. Nach Einschätzung von Martin Lee, Vorsitzender der Demokratischen Partei, sei die Ausgabensteigerung mit 2,5% Wachstumsrate zu konservativ ange-
setzt. (SCMP, 8.3.01) -schü-